

Verhältnis zwischen Ost und West:
Was können Franzosen und Deutsche zukünftig
wirtschaftlich und politisch vom Nahen Osten erwarten?

Vortrag NDBC 10.ten August 2021

Prof. Dr. Wout Jac. Van Bekkum

In diesem Vortrag möchte ich Ihnen gerne etwas über dem Verhältnis zwischen Ost und West im allgemeinen erzählen und dazu eine konkrete aber auch schwierige Frage stellen: *Was können Franzosen und Deutsche zukünftig wirtschaftlich und politisch vom Nahen Osten erwarten?*

Erstmal etwas über dem Begriff ‚der Nahe Osten‘, es gibt eigentlich kein ‚nah‘ im Nahem Osten, diese merkwürdige Terminologie könnte in den 1850er Jahren im British *India Office* entstanden sein. Es wurde jedoch weiter bekannt, als der Marinestratege Alfred Mahan den Begriff in 1902 verwendete, um das Gebiet zwischen Arabien und Indien zu bezeichnen. Während dieser Zeit wetteiferten das britische und das russische Reich um Einfluss in Zentralasien, eine Rivalität, die als *The Great Game* bekannt wurde. Mahan erkannte nicht nur die strategische Bedeutung der Region, sondern auch ihres Zentrums, des Persischen Golfs. Er bezeichnete das Gebiet um den Persischen Golf als ‚Nahen Osten‘ und sagte, dass es nach dem ägyptischen Suezkanal die wichtigste Passage für Großbritannien sei, die es zu kontrollieren gilt, um die Russen daran zu hindern, in Richtung British-Indien vorzudringen. Mahan verwendete den Begriff erstmals in seinem Artikel „The Persian Gulf and International Relations“, der im September 1902 in der britischen *National Review* veröffentlicht wurde.

Die Terminologie leidet also an Ungenauigkeiten aufgrund unterschiedlicher kultureller Traditionen. In angelsächsischen Ländern und Amerika spricht man mehr über den Mittleren Osten; *Middle East* wird schon weitgehend benützt. In Frankreich, insbesondere im Außenministerium oder in der Presse, wird zwischen dem Nahen und Mittleren Osten unterschieden, *Proche-Orient* und *Moyen-Orient*. Wie es auch sei, unter Nahen Osten sind heutzutage alle Länder zu verstehen, die sich vom östlichen Mittelmeer bis nach Pakistan erstrecken: Türkei, Ägypten, Libanon, Syrien, Jordanien, Israel, Saudi-Arabien, Emirate, Irak, Iran, und sogar auch Afghanistan. Nordafrika, ganz wichtig für Frankreich, gehört eigentlich nicht dazu, aber wenn man spricht über Islam-Bereich, dann erstreckt sich Nahe Osten bis Nordafrika und umfasst auch asiatische Republiken wie Kasachstan, Turkmenistan und Aserbaidshjan.

Es ist interessant zu bemerken dass in Frankreich diese beiden Begriffe sich verbreiteten zu zwei unterschiedlichen Zeiten: der des Nahen Ostens nach dem Ersten Weltkrieg, der des Nahen Ostens nach dem Zweiten Weltkrieg. Frankreich hat immer mehr mit dieser Region zu tun gehabt als Deutschland, aber man sollte die Bemühungen von Kaiser Wilhelm II. und seine Gattin Augusta Victoria nicht unterschätzen. Vom 11. Oktober bis 26. November 1898 unternahmen sie beide ihre Palästina-Reise, an deren Höhepunkt der Kaiser die deutsche Erlöserkirche in Jerusalem einweihte. Im Rahmen seiner Fahrt nach Palästina wurden unter anderem die damals zum Osmanischen Reich gehörenden Städte Istanbul, Haifa, Jaffa, Jerusalem und Beirut besucht. Der Kaiser stützte die Macht des Sultans im labilen Osmanischen Reich seit der Balkankrise, bemühte sich um eine politische Stärkung des Christentums, und ermutigte die deutschen christlichen und jüdischen Siedler, ohne sich politisch für sie einsetzen zu wollen.

Die Tatsache der deutschen Besiedlung und die traditionelle Beziehung der Hohenzollern zum Heiligen Land wird den Ausschlag zu seiner Reise gegeben haben. Der

Kaiser wollte als Pilger oder moderner Kreuzritter ins Heilige Land reisen wie einst sein Vater. Anlässlich der Reise wurde erwogen, einen Teil der Stadtmauer Jerusalems abzureißen, da man mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen rechnete. Ein Mauerstück wurde für seinen Einmarsch durchbrochen, und allgemein wird angenommen, der Kaiser habe den Abriss angeordnet. Mit Ausnahme des Besuches beim Sultan Abdülhamid II. in Istanbul war die Reise eher unpolitisch. Ein Interesse hatte der Kaiser gewiss auch an den deutschen Siedlungen, zumindest in kultureller Hinsicht. Wie der gesamte Verlauf zeigt, überwogen die religiösen Motive. Das politische Interesse des Deutschen Reiches an Palästina erlahmte vollständig, als den Franzosen offiziell das Heilige Land überlassen wurde, weil Berlin die Zone entlang der Bagdadbahn beanspruchte, als Deutschland, Frankreich, England und Russland das Osmanische Reich in Interessensphären einteilten.

Die Franzosen waren viel früher im Nahen Osten tätig. Schon lange vor dem Feldzug Napoleons in 1798 befand sich Ägypten im Blickfeld französischer Expansionsbestrebungen im Mittelmeerraum. Seit der Zeit der Kreuzzüge bestand ein Interesse Frankreichs an den Ländern der Levante (Syrien, Ägypten). Anknüpfend an historischen Gegebenheiten hatte 1672 der als Diplomat in Paris agierende Philosoph Gottfried Wilhelm Leibniz dem französischen König Ludwig XIV. die Besetzung Ägyptens nahegelegt. Allein zwischen 1774 und 1798 setzte sich die französische Regierung mit mehr als einem Dutzend Vorschlägen von Diplomaten, Politikern und Unternehmern auseinander, die alle auf eine Einnahme des Landes am Nil abzielten. Frankreich hatte zwei formale Anlässe zum Eingreifen: Zum einen war das Königreich Frankreich seit 1536 Verbündeter des Osmanischen Sultans und konnte behaupten, dessen Autorität wiederherstellen zu wollen. Zum anderen konnte Frankreich seit der Französischen Revolution argumentieren, auch den Ägyptern die Freiheit vom Joch der feudalen Herrschaft bringen zu wollen. Napoleon selbst hatte schon seit seiner Kindheit vom Orient geträumt. Aus der *Histoire philosophique et politique des établissements et du commerce*

des Européens dans les deux Indes des Abbé Raynal hatte er in seiner Jugend eine Passage kopiert, in der Ägypten als der Schlüssel einer Verbindung zwischen Afrika und Asien mit Europa dargestellt wurde. Napoleon folgte mit seinem Interesse der Strömung seiner Zeit; die Beschäftigung mit Ägypten war in Frankreich schon lange in Mode gekommen. Gärten von wohlhabenden Parisern waren mit Sphingen und Obelisken geschmückt; freimaurerische Symbolik griff das Pyramidenmotiv auf. Das ist noch immer so, Sie kennen die Glaspypamide am Innenhof des Louvre, in 1989 nach den Wunsch des französischen Staatspräsidenten François Mitterand gebaut.

Bonapartes Expedition nach Ägypten wird noch immer gerühmt. Damals bestand auch in Deutschland unter den jungen Intellektuellen, die für die Französische Revolution schwärmten, große Sympathie für diese Unternehmung. War die Expedition letztlich ein militärischer Fehlschlag, führte sie doch zu bedeutenden wissenschaftlichen Entdeckungen, da durch die an der Expedition teilnehmenden Wissenschaftler die altägyptische Kultur weithin bekannt wurde und so ein starkes Interesse an der Frühgeschichte geweckt wurde. Die Resultate dieser Forschungen wurden in der umfangreichen Text- und Bildsammlung *Description de l'Égypte* veröffentlicht.

Damit haben Sie einen ersten historischen Eindruck bekommen. Der Nahe Osten ist immer eine Entwicklungsregion geblieben, die direkt mit Geist und Geld der Europäer zu tun hat. Eine französische und deutsche Interessendefinition als Grundlage einer Strategiebestimmung europäischer Politik gegenüber dieser Region macht somit eine genaue Einschätzung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Chancen und Risiken empfehlenswert, aber dafür benötigt man wieder ein Rückblick: zwischen 1860 und 1920 verlagerte sich die französische Präsenz in der Levante vom informellen Einfluss zu einer effektiven territorialen Präsenz. Die Hauptursache für diese Veränderung ist der Erste Weltkrieg und der daraus resultierende Zusammenbruch des Osmanischen Reiches. Die

französische Niederlassung in der Levante war jedoch nicht einfach und war Gegenstand zahlreicher Verhandlungen, insbesondere mit Großbritannien, und zahlreicher Kompromisse. Von 1920 bis 1945 hielt Frankreich zwei Mandate in der Levante, eines in Syrien und das andere im Libanon, und versuchte, seinen Einfluss in dieser Region trotz des Aufkommens unterschiedlicher Nationalismen zu behaupten. Frankreich und die Araber blieben verbunden, aber inzwischen hat Frankreich auch starke historische, kulturelle und menschliche Bindungen zu Israel. Frankreich hat als eines der ersten Länder den neuen Staat bereits 1949 anerkannt und diplomatische Beziehungen zu ihm aufgenommen. Seit mehr als 70 Jahren verteidigt es das Existenz- und Existenzrecht Israels sowie seine Vollmitgliedschaft in der Gemeinschaft souveräner Nationen. Die bilateralen französisch-israelischen Beziehungen werden auch durch die Präsenz einer großen französisch- und französischsprachigen Gemeinschaft in Israel und in Frankreich der größten jüdischen Gemeinschaft in Europa genährt.

Frankreich ist ebenfalls auch ein Freund der Palästinenser und unterstützt die Schaffung eines palästinensischen Staates, der innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen lebt, sicher neben Israel, mit Jerusalem als der Hauptstadt dieser beiden Staaten. Am 22. November 1974 stimmte Frankreich für die Anerkennung der PLO innerhalb der UN als Beobachtermitglied und bekräftigte damit die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes. Der schon erwähnte François Mitterrand war der erste französische Präsident, der 1982 das Ziel der Schaffung eines palästinensischen Staates zum Ausdruck brachte. Im Jahr 2010 hat Frankreich den Status der Generaldelegation Palästinas in Frankreich erhöht, die zur Palästina-Mission wurde, die von einem Botschafter geleitet wird. Es stimmte im November 2012 für den Status eines Nichtmitgliedstaats bei den Vereinten Nationen und für die Aufstellung der palästinensischen Flagge bei den Vereinten Nationen im September 2015.

Das deutsche Interesse an den Staaten und Gesellschaften im Nahen Osten ist merklich angestiegen. Der Wegfall des Ost-West-Konflikts Anfang neunziger Jahren, die zahlreichen

krisehaften Entwicklungstendenzen in der Region, der Friedensprozess im Nahen Osten und die Intensivierung der europäischen Mittelmeerpolitik haben eine Erhöhung der politischen Aufmerksamkeit für die Region notwendig gemacht. In diesen Jahren steht die Bundesrepublik Deutschland erneut vor der Herausforderung einer Standortbestimmung gegenüber den Staaten im Nahen Osten. Das deutsche Bemühen um eine verstärkte Kooperation mit den arabischen Staaten wird fortgesetzt und teilweise sogar intensiviert. Als Ursache sind vor allem Veränderungen der internationalen Rahmenbedingungen zu nennen. Die transatlantische Auseinandersetzung um die westliche Gegenstrategie gegen die arabische Ölpolitik macht deutlich, dass Deutschland seine Bemühungen um eine Annäherung an die arabischen Staaten nach wie vor seinen Bündnisinteressen und den Beziehungen zu Israel unterordnen musste. Während die deutsche Regierung in der Nahostpolitik um Zurückhaltung bemüht war, wurde sie in der Golfregion zunehmend aktiv. Verantwortlich für diese Interessenverlagerung war nicht nur der Faktor Erdöl. Ereignisse wie damals die Revolution im Iran und der sowjetische Einmarsch in Afghanistan hatten die Nachfrage nach Rüstungsgütern in den arabischen Golfstaaten deutlich in die Höhe getrieben.

Anfang des Jahres 2011 erfasste eine breite Protestwelle, die als „Arabischer Frühling“ bezeichnet wird, den Nahen Osten. In fast allen Ländern der Region kam es zu spontanen Demonstrationen, die sich in einigen Staaten zu breiten Protestbewegungen gegen die jeweiligen Regime ausweiteten und die autoritär herrschenden Präsidenten in Tunesien, Ägypten, Libyen und im Jemen stürzten. In den meisten Ländern wurden in der Folge – wenn auch oft nur kosmetische – Reformen durchgeführt. Über zehn Jahre später lässt sich leider nur eine ernüchternde Bilanz des Arabischen Frühlings ziehen, denn kaum eine mit ihm verbundene Erwartung erfüllte sich. Die soziale und wirtschaftliche Lage hat sich in den meisten Ländern weiter verschlechtert, und fast alle autoritären Regime konnten ihre Herrschaft nach einer Phase der Unsicherheit erneut festigen. Einzig in Tunesien kam es zu einem Regimewechsel, der in

einen anhaltenden, aber keineswegs unumkehrbaren Demokratisierungsprozess mündete. In Syrien, Libyen, im Jemen und im Irak eskalierten oppositionelle Proteste und gewaltsame staatliche Repression in Bürgerkriege, die durch die Intervention regionaler und internationaler Akteure zusätzlich angeheizt wurden und bis heute anhalten. Die Folge sind schwere regionale Verwerfungen, deren Auswirkungen bis nach Europa reichen: Im Machtvakuum zerfallender Staaten haben sich die Dschihadisten von Al-Qaida und vom „Islamischen Staat“ (IS) ausgebreitet, sie scheinen besiegt zu sein, aber die Ideologie lebt weiter. und gerade zu dieser Zeit übernehmen die Taliban wieder Afghanistan weil die Europäer und Amerikaner sich zurückziehen.

Der Arabische Frühling stellt eine historische Zäsur dar, welche die politische Entwicklung in den betroffenen Ländern wie auch die nahöstliche regionale Ordnung dauerhaft prägen wird. Der Arabische Frühling war eine Internet-Revolution und weckte die Hoffnung auf politische Reformen. Diese Erwartung lässt sich nicht mehr ungeschehen machen und wird die politischen Debatten und Auseinandersetzungen der folgenden Jahrzehnte in der Region prägen. Frankreich und Deutschland sind in besonderem Maße an der Stärkung der Zivilgesellschaft im Nahen und Mittleren Osten gelegen. Eine stärkere Profilierung und Konturierung der deutschen und französischen Nahostpolitik nach Außen sollte im Innern mit der Entwicklung einer konstruktiven Islam-Politik und einer vertieften innenpolitischen Debatte über den Umgang mit den Staaten und Gesellschaften im Nahen Osten einhergehen.

In beiden Ländern hat das Zusammenleben verschiedener Kulturen auf engem Raum sich schon in mehreren Fällen als problematisch erwiesen. Gründe dafür sind die Sprache, andere Werte und Normen, die Mentalität oder verschiedene Meinungen über weltanschauliche Fragen. Besonders die Differenzen der gesamten westlichen Welt mit den von der islamischen Kultur geprägten Ländern sind seit jeher in aller Munde. Vor allem die Eingliederung der Einwanderer in die westliche Welt erweist sich immer wieder als problematisch. Beispielsweise

ist es schwierig, andere, fremde religiöse Riten, oder differente politische Positionen in das öffentliche Leben einzugliedern. Trotzdem lassen sich immer mehr Muslime in westlichen Ländern, in Europa und speziell auch in Frankreich nieder. Mittlerweile leben etwa 4,5 Millionen Muslime, ganz überwiegend Maghrebener, in Frankreich. Dies ist der größte muslimische Bevölkerungsanteil in den einzelnen Staaten Europas. Zum Vergleich: In Deutschland leben 3,9 Millionen Muslime, in Großbritannien ca. 2,4 Millionen und in Italien sowie in den Niederlanden ca. 1,2 Millionen. In Frankreich und Deutschland folgte weitere Immigration mit der Erlaubnis des Familiennachzugs. Moslimen begannen in eigene Wohnungen umzuziehen. Ihr Glaubensvollzug verlangte nach besonderen Treffpunkten und Gebetsstätten, und wurde also vermehrt öffentlich wahrnehmbar. Ein auffälliges Element von Fremdheit inmitten der einheimischen Bevölkerung fing an sich zu bilden. Und da die Selbstbehauptung materiell oft genug nicht möglich war, verfielen die jungen Leute darauf, sich eine besondere Würde zuzuschreiben, die nur sie hatten, und diese fanden sie in ihrer Zugehörigkeit zur Religion des Islam. Denn dessen Riten und Alltagsgewohnheiten hoben sie deutlich von der sie umgebenden christlichen oder auch westlich-pluralistischen Gesellschaft ab.

Hieran lassen sich zwei Betrachtungen beziehungsweise Probleme anknüpfen: das Beispiel der Neubetonung des Islam scheint zu zeigen, dass Säkularisierung in unserer Zeit keine lineare „Einbahnstraße“ ist, die am Ende zu einer Marginalisierung des Religiösen überhaupt führen würde. Der Islam wird nicht gewählt um seiner selbst willen, sondern, um als soziales und politisches Werkzeug in der Welt eingesetzt zu werden. Es kamen in Frankreich nicht nur Anzeichen von Ausländerfeindlichkeit ins Spiel, ein diffuses Gefühl von Aversion auf beiden Seiten und auch Rassismus, sondern es wurden sogar die Grundlagen republikanischen Bewusstseins tangiert, also etwas Genormtes und öffentlich-rechtlich Verfestigtes, in Frankreich ist das das Prinzip des Laizismus. Ein unendlich diskutiertes Thema,

auch in Deutschland, lautet: Ist „der Islam“ mit unserer westlichen Demokratie vereinbar? Ein einfaches Antwort ist: nein, im Grunde nicht und das wird sich auch nicht ändern.

Eine bedeutende Entwicklung im Nahen Osten geht einher mit der Verstädterung: lebten dort in 2015 56% der Bürger in Städten, wird dieser Wert, auch durch den Klimawandel und die Arbeitslosigkeit, in den nächsten Jahren auf über 60% ansteigen. Dies kann ein soziales Megaproblem werden, wenn die schon jetzt überforderte Infrastruktur der Städte die Masse an Menschen nicht aufnehmen kann. Dies ist schon jetzt der Fall in Metropolen, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten massiv gewachsen sind wie etwa Kairo mit 22 Millionen Einwohner. Auch wird das Internet weiter aufholen und nicht nur auf politische Kommunikation Einfluss nehmen, sondern auch die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft vorantreiben. Waren 2015 rund 49% der Bevölkerung im Nahen Osten online, werden es 2025 bis zu 80% sein; über 85% hiervon nutzen es bereits jetzt von ihrem Mobiltelefon aus – ein Trend, der sich noch verstärken wird.

Doch nicht nur die Demografie drückt auf die Infrastrukturen der Staaten; auch der Klimawandel wird den Nahen Osten härter als andere Weltregionen treffen, weil er bereits bestehende Probleme mit Wasser und Hitze verstärkt. Was sind also die Prognosen? Nehmen wir als Stichwort Öl. Selbst im besten Szenario sei es bald vorbei mit dem Wachstum der Ölindustrie. Das kürzlich publizierte Strategiepapier des Ölkonzerns BP geht von einem Zukunftsmodell für die nächsten dreißig Jahre aus. Im günstigsten Fall erreicht die Nachfrage nach Öl im Jahr 2025 einen Höhepunkt, danach lässt sie langsam, aber stetig nach. In anderen Szenarien hat die Öl-Nachfrage bereits ihren Höhepunkt erreicht und ist schon im Niedergang begriffen. Gerechnet wird mit einem Rückgang von 50%-80% bis 2050. Schon vor Monaten deuteten Berichte an, dass auf Saudi-Arabien Zeiten der Sparsamkeit zukommen würden, was das bisherige Rezept zur Erhaltung des inneren Friedens gefährde und auch außenpolitisch zu mehr Zurückhaltung rate, da teure Kriege wie im Jemen auf Dauer nicht zu finanzieren sind.

Der umstrittener Kronprinz Mohammed bin Salman ist sich dies bewusst. Sein Reformvorhaben mit dem Zukunftsdatum 2030, das für einen Kurswechsel für die Zeit nach dem Öl steht, hat größere Probleme damit, Investoren zu finden. Richtig überraschend ist dies nicht, wenn man sich etwa die futurischen Stadtprojekte anschaut, die einem Disney-Park-Modell gleichen, das auf Entertainment setzt. Das ist eine Vision, die schon bei ihrer Geburt veraltet ist. Kann man sich vorstellen, dass der Tourismus in Saudi-Arabien eine große Zukunft haben wird? Es heißt, dass Investoren in der Zeit, in der man auf Geschlechtergleichbehandlung, grüne Wirtschaft und Moral achtet, ihre Probleme mit einem Investment in Saudi-Arabien und Golfstaaten haben, geschweige von Investment in Syrien und Ägypten. Die Frage, wie eine Wirtschaft aussehen wird, die die Bevölkerung und besonders die Jugend nicht mehr mit Öleinnahmen versorgen kann, betrifft dem ganzen Nahen Osten.

Zusammenfassend kann man sagen: die Hoffnung läge darin, dass es zu einem Generationswechsel in der Politik kommt um so bald wie möglich die bisherige repressive Herrschaftsordnung abubrechen. Zukünftige Möglichkeiten zu einer gelingenden Energie- wende über Wind- und Sonnenenergie gäbe es im Nahen Osten und Nordafrika genug, vielleicht sollten Geschäftsleute aus Deutschland und Frankreich darauf einsetzen.

Quellenverzeichnis: Zukunftsforum Politik Broschüren-reihe, herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Nr. 27: Andreas Jacobs, *Deutschland und der Nahe und Mittlere Osten: Standortbestimmung und Handlungsempfehlung*, Sankt Augustin, April 2001.